

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig November 2014 Nr. 160

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Max Frisch

Kanonier 1939 — 1945

— Ohne Helm und ohne Tarnanzug, Jonas, wie machen wir eine Nation, Hand aufs Herz, aus einem internationalen Finanzplatz, der langsam zum Himmel stinkt, Hand aufs Herz, oder meinst du vielleicht, Umweltschutz würde genügen, und wo lernst du Heimatliebe, Jonas, wenn nicht von hohen Offizieren?

— Im Ernst, Jonas: die Armee abschaffen, das würde bedeuten, daß eine andere Schweiz entsteht, stell dir vor, eine lebendige und künftige Schweiz, das ist es ja, wovor sie Angst haben. Und um das zu verhindern —
— brauchen sie die Armee.
— So ist es, Jonas.

*Max Frisch
1989*

— Wie wirst du denn stimmen, Großvater?

JA

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Vor 25 Jahren, am 26. November 1989 gingen die Wogen in der Schweiz hoch. Es stand fest, dass 35.6% der Stimmenden und mit Jura und Genf sogar zwei Grenzkantone für die Abschaffung der Schweizer Armee gestimmt hatten. Die GSoA feiert dieses wegweisende Ereignis mit einer Veranstaltung und Ausstellung am 23. November in Bern (siehe weiter unten auf dieser Seite). Dazu analysieren wir auf der gegenüberliegenden Seite die Auswirkungen dieser Abstimmung bis heute. Zusätzlich gedenken wir am selben Anlass auch des «Kleinen Friedens im Grossen Krieg» von Weihnachten 1914, welcher der Brutalität des Ersten Weltkrieges einen kurzen Hoffnungsschimmer entgegengesetzte (S. 6). Ob im Krieg oder im Frieden: Es bleibt wichtig, friedensstiftende Möglichkeiten und Utopien nicht aus den Augen zu verlieren.

Thematischer Schwerpunkt der Ausgabe ist die Weiterentwicklung der Armee WEA (S. 4) und die darin angekündigten zusätzlichen Kompetenzen der Armee für Einsätze im Innern. Auch in der Schweiz setzten die Regierenden die Armee teilweise massiv gegen ihnen unbequeme politische Bewegungen ein, was gerade streikende ArbeiterInnen immer wieder mit dem Tod bezahlten (Übersicht S. 4). Auch aus diesem Grund waren viele Menschen in der Schweiz nicht bereit, sich dem Militärzwang unterzuordnen, wie die Fortsetzung der Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in der Schweiz zeigt (S. 6). Was sich international unter dem Titel der «Aufstandsbekämpfung» heute alles abspielt, beleuchten wir in einem ausführlichen Artikel (S. 5).

Unser Gastautor Andreas Zumach analysiert die schwierige Situation im Nahen Osten in ihrem Kontext und zeigt mögliche Handlungsoptionen für die Friedensbewegten auf (S. 7). Beispiele dafür, dass Rüstungsprojekte Milliarden verschlingen und was dabei alles schief gehen kann, gibt es viele - eine Analyse zur Situation in Deutschland und der Schweiz (S. 7).

Für das Redaktionsteam

Adi Feller

1 052 218 LandesverräterInnen?
Leander Bregy, Walliser Bote

«Wer täglich Armee sieht, denkt,
Krieg sei normal»
Jacqueline Fehr, Winterthur

AZ Tagblatt, 28.11.89

**Sensation in der Schweiz:
40 Prozent gegen Armee**

AZ Tagblatt, 28.11.89

In der Schweiz beginnt das große Nachdenken

FINANZEN

Vielen Dank allen SpenderInnen!

Am 18. Mai feierten wir einen historischen Erfolg. Zwar wurde ein grosser Teil der Arbeit unentgeltlich gestemmt dennoch schlug die Kampagne auch aufs Portemonnaie der GSoA. Dank den Spendeneinnahmen in den letzten Wochen, wird die GSoA ihre Arbeit auf einer soliden Basis weiterführen. Von Nora Komposch

Plakate, Flyerdruck, Versände in über eine Million Haushalte, T-Shirts, usw. – eine politische Kampagne kostet viel Geld. Rund 200'000 Franken des 300'000-Franken-Budgets für die «Nein zu den Kampfjet-Milliarden»-Kampagne stammten von der GSoA. Wir wussten, dass die Gripen-Abstimmung eine historische Chance sein würde. Wir erwarteten, dass sie sehr knapp ausgehen würde. Und wir wussten, dass die Verantwortung für den Abstimmungskampf bei der GSoA liegt. Hauptsächlich trumpften wir mit viel Engagement und Freiwilligenarbeit auf. Aber auch finanziell haben wir hoch gepokert. Schlussendlich ist unsere Rechnung aufgegangen. Der unsinnige Gripen-Kauf wurde verhindert,

und das erste Mal in der Geschichte stoppte die Stimmbevölkerung ein Rüstungsvorhaben des VBS. Der Erfolg hinterliess jedoch auch deutliche Spuren in der bescheidenen GSoA-Kasse.

Unabhängigkeit

Grund für die finanzielle Dürre ist also der engagierte und auch teure Abstimmungskampf. «Pleite», wie es im Tagesanzeiger am 1. Oktober geschrieben wurde, sind wir aber nicht. Finanziell sieht es so aus, dass wir in den letzten Wochen dank zahlreicher Spenden wieder auf einer soliden Basis stehen. Nach wie vor finanziert sich die GSoA, im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen, rein durch Spendeneinnahmen und Mitgliederbeiträge. Dies gewährt der GSoA Unabhängigkeit. Das Referendum zeigt, wie wichtig Organisationen sind, die konstant über Jahre hinweg auf dem Thema arbeiten und die Öffentlichkeit und Parteien daran erinnern, wie echte, solidarische und menschenwürdige Sicherheitspolitik aussieht. Dank unseren treuen SpenderInnen können wir auch in Zukunft unsere antimilitaristische und pazifistische Arbeit weiterführen.

Leserbrief

Mit grossem Interesse habe ich den Artikel «Kriegsmaterial: Keine Waffenlieferungen in den Nahen Osten!» gelesen, der mit dem Foto der gesamtschweizerischen Gaza-Demo vom 23.8. in Bern illustriert war. Diese Gaza-Friedensdemonstration wurde von einer breiten Koalition von 60 Organisationen getragen, die sich im Demo-Aufruf explizit gegen die Waffenlieferungen in den Nahen Osten stellten. An der Demo hielt Nikolai eine gemeinsame Rede für GSOA und die Jüdischer Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina JVJP, die gut aufgenommen wurde.

Dies schildere ich so ausführlich, weil davon kein Wort im Artikel steht. Dort steht nur «Die GSOA organisierte deshalb im August eine Demo gegen den Krieg in Gaza und gegen die schweizerische Rüstungszusammenarbeit in Nahost.» Ja, die GSOA hat als sehr aktiver Teil zusammen mit JVJP und weiteren erreicht, dass ein breites Bündnis mit tragfähigen Forderungen und Rahmenbedingungen für die Demo entstand. Doch entgegen der Darstellung im Artikel war es keine GSOA-Demo.

Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit Euch und grüsse solidarisch
Guy Bollag, JVJP

VERANSTALTUNG

Frieden im Krieg – Gestern. Heute. Morgen.

Winter 2014: Es jähren sich zum 100. Mal der «Kleine Frieden im Grossen Krieg» sowie zum 25. Mal die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee». Die GSoA würdigt diese beiden friedenspolitisch bedeutsamen Ereignisse am 23. November mit einer spannenden Veranstaltung in Bern. Von Meret Schneider

Der «Kleine Frieden im Grossen Krieg» (vgl. S. 6) kann wohl als eine der eindrücklichsten Friedensdemos bezeichnet werden, die es je gegeben hat. Am 24. Dezember 1914 entstand spontan eine von den Befehlshabern nicht autorisierte Waffenruhe an der Westfront. Die Soldaten legten ihre Waffen nieder, begruben gemeinsam ihre Toten und sangen Weihnachtslieder. Erzählungen zu Folge wurde im

Niemandsland Fussball gespielt, die Deutschen brachten den Briten Bier und bekamen im Gegenzug Christmas Puddings geschenkt. Heute geht man davon aus, dass mindestens 100'000 Soldaten am Waffenstillstand beteiligt waren – ein eindrückliches Zeichen dafür, dass Friede den Kern der Zivilisation bildet und eigentlicher Wunschzustand eines jeden Menschen ist.

Den zweiten Anlass gibt die Volksabstimmung über die Abschaffung der Schweizer Armee vor 25 Jahren, am 26. November 1989. 36 Prozent der SchweizerInnen stimmten damals Ja zur GSoA-Initiative.

Diese beiden historischen Ereignisse laden ein, zurückzublicken und gleichzeitig die Gegenwart zu reflektieren und Zukunftsvisionen entstehen zu lassen. Die GSoA verbindet mit

ihrer Veranstaltung die friedenspolitischen Beispiele aus der Vergangenheit mit der heutigen Situation bezüglich Krieg und Frieden. Um 15:00 Uhr geht es los mit einem Referat zu Krieg und Frieden von Andreas Zumach. Bekannt ist er für seine kenntnisreichen Hintergrundberichte und Analysen sowie für seine Bücher «Die kommenden Kriege» und «Irak – Chronik eines gewollten Krieges»

Nach einer anregenden Publikumsdiskussion feiern wir den Erfolg von 1989 mit einem Apéro und einer Foto-Ausstellung. Den gemütlichen Abschluss des Anlasses bildet der Film «Merry Christmas» (2005) über den Weihnachtsfrieden 1914.

Wir freuen uns auf alle Friedensbewegten, die mit uns auf eine starke, friedenspolitische Bewegung anstossen: Heute – Hier – Jetzt.

FRIEDEN IM KRIEG: GESTERN. HEUTE. MORGEN.

100 Jahre Kleiner Friede im Grossen Krieg.
25 Jahre Abstimmung "Schweiz ohne Armee".

23. November 2014
15 Uhr - 20 Uhr, Bern

Programm:

15.00 Uhr:
Beginn und Vortrag von Andreas Zumach mit Diskussion zum Thema Krieg und Frieden heute.

16.30 Uhr:
Apéro zum 25. Jubiläum der GSoA-Abstimmung mit Ausstellung.

18.00 Uhr:
Film "Merry Christmas" (Edf) über den Weihnachtsfrieden 1914.

Wann? 23. November 2014.
Wo? 5eme ETAGE (Mühlenplatz 11 in Bern-Matte).

GSoA
www.gsoa.ch

FÜR EINE STARKE FRIEDENSPOLITISCHE BEWEGUNG – HIER UND JETZT!

JUBILÄUM

25 Jahre Armeeabschaffungsinitiative

Am 26. November 1989 stimmten fast 36% der Stimmberechtigten für die Abschaffung der Armee. Ein Grosse Erfolg für die GSoA-Initiative, der die politische Landschaft in der Schweiz erschütterte. Von Nikolai Prawdizic

«Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee.» So steht es in der Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik», die vor genau 25 Jahren zur Abstimmung kam. Dieser Satz steht für das Modell einer Reduit-Schweiz, welches das Land seit dem Zweiten Weltkrieg fest im Griff hatte. Die Armee galt bis zu jenem denkwürdigen Datum als die unangreifbare Institution des Landes. Der Staat erschien als Gebilde, das sich um seinen Kern, die Armee, herum gebildet hatte. Bei dieser Bedeutung der Armee gab es keinen Platz für Infragestellungen, da sie dogmatisch ins Zentrum der Gesellschaft gestellt wurde. Armee und Wirtschaft waren eng verbandelt und Karriere machte, wer es in der Armee zu

«etwas» gebracht hatte. Gegen diese verkrustete, hierarchisch und militärisch geprägte Schweiz wurde 1982 die GSoA von emanzipatorischen Gruppierungen, Militärverweigerern und Soldaten ins Leben gerufen. Rückblickend zeigt sich, dass diese neue Bewegung, die 1986 ihre erste Volksinitiative einreichte, es geschafft hatte, den gesellschaftlichen Umbruch zu kanalisieren und eine Zeitenwende einläutete.

Mobilisierung gegen die militärische Schweiz

Im Jahr des Mauerfalls, von Glasnost und Perestroika, kam die Initiative zur Abstimmung. Auf einmal war die breite Öffentlichkeit, die über all die Jahrzehnte die zentrale Rolle der Armee in der Schweiz nie in Frage gestellt hatte, mit dieser «unerhörten Forderung» konfrontiert. Aus dem Tabu wurde das Top-Thema, das den öffentlichen Diskurs in den Monaten vor dem 26. November prägte und zu einer starken Mobilisierung insbesondere der Jugend führte. Die Armeefrage mobilisierte so stark, weil sie nicht nur eine militärische, sondern eine politische,

ideologische, soziologische und psychologische Frage war. Der frische Wind der GSoA wehte durch alle gesellschaftlichen Bereiche hindurch. 50'000 bis 70'000 Personen nahmen an rund 700 Veranstaltungen teil. Hinzu kam das Stop-the-Army-Festival auf dem Bundesplatz, das weitere 25'000 BesucherInnen anlockte. Auch viele Intellektuelle wie Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch schalteten sich in die Diskussion ein.

Jeder Dritte stimmt Ja zu einer Schweiz ohne Armee

Nach einem Abstimmungskampf, der bis heute seinesgleichen sucht, stimmten 35.6 Prozent für die Abschaffung der Armee. Zuvor hatten Militärs verlauten lassen, mehr als 10 Prozent Ja-Stimmen wären bereits eine Katastrophe. Die junge Generation nahm die Initiative sogar mehrheitlich an. Über eine Million Stimmberechtigte sowie die Kantone Genf und Jura stimmten dem friedenspolitischen Anliegen zu. Das Abstimmungsergebnis sorgte weltweit für Schlagzeilen und veränderte das Verhältnis der Schweizer Gesellschaft zur Armee für immer.



Der Blick-Käfer

Abrüstung, Friedensverhandlungen, 1 Mio Schweizer gegen die Armee: Und das EMD will 563 Mio mehr!

Sonntags Blick

Parlament missachtet Volkswillen

Tages Anzeiger

Die Presse (Wien), 28.11.89

Die Militärs analysieren ein ernüchterndes Votum

Werfen die Schweizer die Flinten ins Korn?

Nach der Abstimmung scheint eine Armee reform unausweichlich

Der Tagesspiegel, 28.11.89

Überraschend viele Stimmen für Abschaffung der Schweizer Armee

35,6 Prozent unterstützten die Initiative — Hohe Befehlslage

„Mehr als ein Denkzettel“
Ruedi Heutschi,
Solothurner AZ

Sensationell viele Ja-Stimmen für Armeeabschaffung – Ein gewaltiger Denkzettel

Eine Ohrfeige für die Betonköpfe

Die Eidgenossen rütteln an „heiliger Tradition“
Vorbehalte gegen die Armee vor allem in der Westschweiz

PAZIFISMUSDEBATTE

Die Nato und ihre diaboli ex machina

Der sunnitische Extremismus wie der grossrussische Nationalismus sind die Früchte des Sieges der Nato über die Uno in den Neunzigerjahren. Von Jo Lang

Nach dem Kalten Krieg gab es eine Uno die stärker war denn je, und eine Nato, deren raison d'être in Frage gestellt war. Die Uno und ihre OSZE genossen dank der friedlichen Auflösung des Ostblocks ein hohes Ansehen. Die Nato, die ihre Existenz immer mit dem Warschauer Pakt begründet hatte, ging ihrer Legitimität verlustig. Gleichzeitig bot die Implosion der Sowjetunion den USA die Chance, die militärische Macht imperial auszuweiten. Damit sie diese Chance packen konnte, bot sich der serbische Tyrann Slobodan Milosevic gleichsam als diabolus ex machina an. Am Ende des letzten Jahrzehnts des letzten Jahrhunderts standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg und die Verwandlung der Nato in ein Offensivbündnis mit globaler Mission.

«Ein tragischer Irrtum»

Die 1990er Jahre werden in die Geschichte eingehen als das Jahrzehnt, in dem es dem anfänglich geschwächten Sonderbund des reichen Nordwestens gelungen ist, den anfänglich starken Bund der Völker politisch zu margina-

lisieren und militärisch auszubooten. Der 1993 erhobenen Forderung von Uno-Generalsekretär Boutros-Ghali, die Weltorganisation mit ausreichenden militärischen Kapazitäten auszustatten, erteilte die Nato eine klare Absage. Gleichzeitig hielt das Geheimmemorandum MC 327 fest, dass der Uno keine Aufklärungserkenntnisse weiter geleitet werden, was deren Scheitern in Bosnien vorprogrammierte. Der US-amerikanische Sicherheitsexperte Robert Kagan schrieb in seinem 2003 erschienenen neokonservativen Kultbuch «Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung», dass die «Existenzfähigkeit des Bündnisses», zu den «Hauptzielen der amerikanischen Intervention» im Kosovo gehört habe, «so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien» gewesen war.

Gleichzeitig breitete sich die Nato im Territorium des ehemaligen Warschauer Paktes aus. Das bedeutet ein Bruch des Versprechens, das Bundeskanzler Kohl, Präsident Bush und deren beiden Aussenminister Genscher und Baker gegenüber Gorbatschow gemacht hatten. In der jüngsten Ausgabe der US-Zeitschrift Foreign Affairs wird der ehemalige US-Diplomat George F. Kennan aus dem Jahre 1998 zitiert: «Ich denke, dass sie (die Nato-Osterweiterung) ein tragischer Irrtum ist.» Russland werde auf

eine Art und Weise reagieren, dass die Expansions-Befürworter behaupten können, « wir haben euch immer gesagt, dass die Russen nun mal so sind. » Tatsächlich haben die westlichen Militärs mit ihrer expansiven Politik den Nationalismus in Russland gestärkt und damit Putin zur Macht verholfen.

Zu den Hauptzielen des globalen Neomilitarismus gehörte die Sicherung der Rohstoffquellen und -routen sowie das Abfangen von Migrationsströmen. Weiter ging es darum, Armeen, die nach dem friedlichen Ende des Kalten Krieges unter einem massiven Sindefizit litten, gegenüber Gesellschaften, welche eine Friedensdividende einforderten, zu relegitimieren. Die Tatsache, dass der für die Nato-Osterweiterung zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsidiert wurde, weist auf besondere wirtschaftliche Motive hin.

«Langer und globaler Krieg»

Zweieinhalb Jahre nach dem Kosovokrieg kam der 11. September. Die Funktion des diabolus ex machina übernahm im neuen Jahrzehnt Al Kaida. Ohne ihr spektakuläres Attentat wäre es unmöglich gewesen, die militärisch-imperialen Errungenschaften der 90er derart offensiv umzusetzen. Es begann das, was Präsident George W. Bush den «War on Terror» und sein

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zusätzlich den «Long and Global War» taufte. In Afghanistan, wo dieser begann, kostete er 30'000 Menschenleben.

Noch verheerender sind die Folgen des zweiten grossen Feldzuges, des Irak-Krieges, dem bis heute über 100'000 Menschen zum Opfer fielen. Zurückgelassen hat die Invasion eine irakische Gesellschaft, welche konfessionell und ethnisch stärker gespalten ist denn je. Besonders verheerende Folgen hat die völlige Ausgrenzung der sunnitischen Minderheit. Ohne deren ehemaligen Partei- und Armeekader hätte der «Islamische Staat» nie die Stärke gewonnen, die er heute hat.

Der «War on Terror» wurde auch deshalb zu einem «langen und globalen Krieg», weil er zahlreichen Regimes half, ihren Staatsterrorismus so richtig zu entfalten. Das machten unter anderem Putin gegen die Tschetschenen, Israel gegen den Libanon und die Palästinenser, die singhalesischen Nationalisten gegen die Tamilen, die indischen Neoliberalen gegen die Naxaliten, die chinesischen Zentralisten gegen die Uiguren.

Nur eine universelle und damit neutrale Weltorganisation kann die Welt wieder friedlicher machen. Es gehört zu den friedenspolitischen Kernaufgaben, alles zu tun, um Sonderbünde wie die Nato zu schwächen und die Uno zu stärken.

WEITERENTWICKLUNG DER ARMEE

Eine Scheinreduktion mit Ausrichtung gegen Innen

Am 1. Oktober wurde die Weiterentwicklung der Armee (WEA) in der Sicherheitskommission des Ständerates (SiK-S) thematisiert – dies natürlich nicht ohne die GSoA! Während einer halben Stunde legten wir den StänderätInnen dar, welche Punkte an der geplanten Reform besonders stossend und teilweise gefährlich sind. Von Nora Komposch

Mit der WEA wird einmal mehr deutlich, dass die Armee weiterhin auf der Suche nach ihren Feinden ist. Mit minim kleineren aber modernisierten Beständen sollen neuartige Bedrohungen im Landesinnern bekämpft werden. Die WEA ist eine Armee reform, welcher keine umfassende Analyse der wirklichen Bedrohungslage zu Grunde liegt. Für die GSoA ist nach wie vor klar, dass die echten Bedrohungen ziviler Natur sind und die Armee nicht zu deren Lösungen beitragen kann.

Innere Einsätze

Seitdem der klassische Landesverteidigungskrieg für die Schweiz sogar in den Köpfen vieler Militärs unwahrscheinlich geworden ist, sucht die Armee verbissen nach einem neuen Feind. Und sie findet ihn im Inland. Bereits im Ausbau von Artikel 1 des vorgeschlagenen Militärgesetzes, wird deutlich, wo die Armee hin will: «Sie unterstützt die zivilen Behörden im Inland». Dass die kantonalen Sicherheitsbehörden diese vom Bund bezahlten Gratisleistungen gerne entgegennehmen, ist nachvollziehbar. Dabei wird

aber die strikte Trennung von militärischen und zivilen Sicherheitsorganen stark gefährdet. Die Ausrichtung der Armee gegen Innen, welche einer internationalen militärstrategischen Tendenz entspricht, ist höchst gefährlich und war daher an der SiK-S-Anhörung der Hauptkritikpunkt der GSoA an der WEA.

Scheinreduktion des Soldatenbestands

Ein weiterer Kritikpunkt an der WEA sind die überdimensionierten Personalbestände. Immer wieder wird behauptet, es handle sich bei dieser Armee reform um eine Halbierung des Soldatenbestandes. Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, dass dem nicht so ist. Die WEA sieht einen Sollbestand von 100'000 vor. Neu wird jedoch mit einem viel höheren Effektivbestand gerechnet, als zuvor. Der Grund dafür liegt in der massiven Erhöhung der Bereitschaftsreserve von heute maximal 5 Prozent auf neu 40 Prozent. Der neue Effektivbestand beträgt also 140'000 Soldaten. Rechnet man dazu noch die Rekruten und Rekrutinnen, sowie die Angehörigen der Bundesratsstäbe, kommt man auf etwas über 160'000 Personen, was im Vergleich zu heute (197'143 gemäss Armeeauszählung 2014) lediglich eine Reduktion von 18,6 Prozent ist – weit weg also von einer Halbierung.

Keinen Budgetfreipass für die Armee

Am 18. Mai, dem Tag der Gripen-Abstimmung, haben der Bundesrat und das Parlament eine klare Botschaft vom Souverän erhalten: Die

Schweizer Bevölkerung lehnt steigende Armeeausgaben ab. Obwohl der Gripen nicht gekauft wird, soll das Budget der Armee ohne genaue Begründung erhöht werden. Die WEA sieht ausserdem einen vierjährigen Zahlungsrahmen vor, was ein klares Finanzprivileg innerhalb der Bundesverwaltung darstellt. Angesichts der Tatsache, dass sich die Stimmbevölkerung gegen höhere Armeeausgaben geäussert hat, ist es skandalös, dass sich das VBS der Diskussion über die Höhe des Armeebudgets nur noch alle vier Jahre stellen will.

In der Vorlage gibt es einige wenige Änderungen, welche die GSoA begrüsst, wie etwa die Reduktion der Dienstage auf 225, die Vereinbarkeit der RS mit dem Hochschulstudium oder der Verschrottung einiger veralteter Waffensysteme. Diese Fortschritte stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den aufgeführten Kritikpunkten. Die in der WEA vorgeschlagene Armee ist zu teuer und massiv überdimensioniert. Zudem ist es äusserst gefährlich, wenn die Armee gegen Innen und somit gegen die eigene Bevölkerung ausgerichtet wird.

GLOSSE

Aufstandsbekämpfung zum Schnäppchenpreis!

(ms) Dass die Zürcher Stadtpolizei für grössere Überwachungsaktionen von der Schweizer Luftwaffe unterstützt wird, entlockt nur mehr ein müdes Lächeln. Eine Internationale an der 1.-Mai-Demo ohne das Knattern des Helikopters Super Puma ist seit 2010 kaum mehr denkbar.

Am 1. Mai 2013 war erstmals auch die Drohne vom Typ ADS 95 Ranger für fast zehn Stunden im Einsatz und wäre vermutlich noch länger geflogen, wären da nicht die Sendezeiten des SRF dazwischengekommen – das belegt im Bericht des VBS der Vermerk «Abbruch wegen Meteo». Ja, wenn die Schweizer Luftwaffe schon ausserhalb der Bürozeiten fliegt, sollte es ihr nicht auch noch zugemutet werden, während ihrer Lieblingssendung im Einsatz zu sein. Der Abbruch des Einsatzes war aber auch finanziell vorteilhaft, da sich die Kosten so auf nur 73'000 Franken beliefen. Die Polizei war aber natürlich nicht Kostenträgerin des Drohneneinsatzes; es handelte sich um einen «kostenlosen Unterstützungseinsatz zugunsten der Polizei», der von der Armee als Trainingsflug verbucht wurde.

Der Grund für den Drohneneinsatz war die Früherkennung einer allfälligen Nachdemo. Die Super Pumas wären dafür zu laut, schliesslich könnte man so ja die NachdemonstrantInnen verschrecken und womöglich verschrecken, was ein Zerschlagen der Demo verunmöglichen würde.

Die ADS 95 Ranger gehen bald in Ruhestand, weshalb von der israelischen Rüstungsfirma Elbit Systems für 250 Millionen Franken Drohnen vom Typ Hermes 900 HFE gekauft werden sollen. Eine Drohne dieses Typs kostet zwischen 10 und 20 Millionen Franken. Der vor kurzem in Zürich abgestürzte Multikopter der Stadtpolizei jedoch war für nur 60'000 Franken zu haben. Wäre es nun nicht günstiger auf Nachdemos, wenn man denn welche findet, jeweils einen Multikopter abstürzen zu lassen (60'000) statt sich für eine Viertelmilliarde einige wenige Drohnen zu kaufen? Vermutlich könnten Aufstände so wesentlich lukrativer zerschlagen werden – im wahrsten Sinn des Wortes.



AUSGEWÄHLTE EINSÄTZE DER SCHWEIZER ARMEE GEGEN DIE EIGENE BEVÖLKERUNG

1860	Lausanne: Kundgebungen im Zusammenhang mit der «Savoyer Frage»
1868	Basel: BandweberInnenstreik
1875	Gotthardtunnel: StollenarbeiterInnenstreik 4 Tote, 12 Schwerverletzte.
1893	Bern: Käfigtum-Manifestation Mehrere Verletzte.
1899	Simplon: TunnelarbeiterInnenstreik
1902	Genf: Generalstreik 50 Verletzte. Basel: BauarbeiterInnenstreik
1904	Ricken (SG): TunnelarbeiterInnenstreik
1905	Rorschach: GiessereiarbeiterInnenstreik Locarno: BauarbeiterInnenstreik
1906	Zürich: MetallarbeiterInnen und MaurerInnenstreik Zahlreiche Verwundete.
1907	Luzern: Generalstreik der MetallarbeiterInnen St. Moritz und Pontresina: MaurerInnenstreik
1912	Zürich: Generalstreik
1916	La Chaux-de-Fonds: Demonstration am «Roten Sonntag»
1917	Zürich: MunitionsarbeiterInnenstreik 4 Tote Zürich: Unruhen im Arbeiterquartier Ausserihl. Belagerungszustand wird verhängt.
1918	Landesgeneralstreik Landesgeneralstreik im November. Insgesamt werden 95'000 Mann in der ganzen Schweiz aufgeboten, 3 Tote in Grenchen und mehrere Verletzte
1919	Basel: Streik der FärbearbeiterInnen und Generalstreik 5 Tote, mehrere Verletzte

EINSÄTZE BEI DEMONSTRATIONEN

Der Kampf gegen den Aufstand

In der Schweiz übernimmt die Armee immer mehr Polizeiaufgaben, und in Europa militarisiert sich die Polizei zusehends. Eine Bestandsaufnahme der Strukturen und Tendenzen im Bereich der Aufstandsbekämpfung. Von Jannik Böhm, Beni Müller und Fabian Stalder

In Frankfurt am Main zeigte sich im Juni 2013, wie die Staatsmacht auf kritische Bewegungen, welche die herrschenden Verhältnisse grundlegend in Frage stellen, reagiert. Das kapitalismuskritische Blockupybündnis rief zum Krisenprotest ins «Herz der Bestie». Mit kreativen Massenblockaden und einer Grossdemonstration wollten die AktivistInnen auf die menschenverachtende Krisenpolitik der Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) aufmerksam machen. Ein durchmilitarisiertes Polizeiaufgebot knüppelte die Grossdemonstration nieder und erstickte sie im Keim. 942 Personen wurden am 1. Juni 2013 an der bewilligten Blockupy-Demonstration für neun Stunden eingekesselt, erkennungsdienstlich behandelt und des Platzes verwiesen. Etliche Personen wurden verletzt, darunter auch Medienschaffende und ParlamentarierInnen, die zur Beobachtung vor Ort waren. Das äusserst brutale Vorgehen schockierte viele und wurde sogar von der bürgerlichen Presse als unverhältnismässig erachtet. Das Vorgehen an sich ist nicht neu, jedoch widerspiegelt es eine allgemeine Tendenz in Richtung Militarisierung der Polizeikräfte.

Die indirekte Militarisierung der Polizei nahm ihren Anfang in den USA während den sozialen Protesten der 1960er-Jahre. Es folgten starke Entwicklungsschübe durch den «War on Drugs» (ab den 1990ern) und den «War on Terror» (ab 2001). In Westeuropa kam es vor dem Hintergrund der RAF und der Brigade Rosse in den 1970er Jahren zu ersten solchen Entwicklungen. In dieser Zeit wurde der «Club de Berne» ins Leben gerufen. Noch heute treffen sich dort Geheimdienste aller europäischer Staaten und tauschen sich unter strenger Geheimhaltung zu verschiedenen Themen aus. Auch in der Schweiz stellten die Polizeikorps in den urban geprägten Kantonen zu dieser Zeit erstmals Sondereinheiten aus

Polizeigrenadiern auf, die explizit zur Bekämpfung von politisch Linken ausserhalb der Arbeiterbewegung eingeplant wurden.

Polizeilicher Austausch

Auf europäischer Ebene findet schon länger eine verstärkte Kooperation zwischen verschiedenen Repressionsorganen statt. Betreffend Aufstandsbekämpfung sticht hier besonders die 2004 gegründete Europäische Gendarmerietruppe Eurogendfor hervor: Eine vom italienischen Vicenza aus geführte Einheit, die im Falle von Unruhen eingesetzt werden kann. Zu den Mitgliedern gehören Frankreich, Italien, die Niederlande, Portugal, Rumänien und Spanien. Sie alle unterhalten Gendarmerien, also der Armee angegliederte Polizeikräfte mit militärischer Ausbildung. Die Eurogendfor bietet ihre Dienste der EU, der UNO, der OSZE und der Nato an. Würde die Solidaritätsklausel, welche im Lissabonner Vertrag unter Art. 222 geregelt ist, zum Tragen kommen, ist anzunehmen, dass die Eurogendfor zum Einsatz kommen würde. Andrey Holm, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE formulierte seine Kritik an besagtem Artikel wie folgt: «Im Geiste eines solidarischen Europas ist es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE zwar richtig und wichtig, gemeinsam auf Schadensereignisse zu reagieren. Die Ausweitung auf politische Auseinandersetzungen und die Entsendung militärischer Ressourcen zur Aufstandsbekämpfung lehnen wir jedoch ab.»

Es finden regelmässig Übungen statt, an denen die Aufstandsbekämpfungsfähigkeiten verschiedener Staaten demonstriert und ausgewertet werden sollen. Ein solches «European Police Force Training» (EUPFT) fand jüngst in Potsdam statt. Transnationale polizeiliche Vernetzung war immer nicht nur ein Austausch von Daten, sondern auch von Methoden, Identifikationstechniken und Kontrollmechanismen (Fingerabdruck- und DNA-Methode, «Demo-Management» u.ä.) verbreiten sich international und wurden in einem jeweils rückbezogenen Austausch verfeinert.

Als Versuchslabor für die neusten Techniken im Bereich Aufstandsbekämpfung fungierte diesen Sommer Brasilien. Bereits Monate vor der Män-

ner-WM begannen die «Befriedungsaktionen». Mit militärischer Ausrüstung besetzte die Aufstandsbekämpfungseinheit UPP einige Favelas um die Stadien und Tourismusviertel und ging dabei mit äusserster Brutalität vor. Die Sicherheitsausgaben für das sportliche Megaevent beliefen sich Schätzungen zufolge auf über eine Milliarde Franken. Klar, dass sich dahinter auch ein riesiger Markt verbirgt. Kaum wird der Standort eines Grossevents wie der WM oder der Olympiade bekannt gegeben, tummeln sich jede Menge Sicherheitsfirmen um die lokalen Behörden und bieten ihre neusten Produkte im Kontroll- und Repressionssegment feil. Egal ob sogenannte «non-lethal weapons» (nicht-tödliche Waffen), Überwachungstechnik oder Schutzausrüstung für Repressionsorgane. Selten sind die Gegebenheiten für die Sicherheitsindustrie so günstig wie im Vorfeld von Grossveranstaltungen.

Aufstandsbekämpfung auch in der Schweiz

Künftig soll auch die Schweizer Armee zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. Dazu will Ueli Maurer mit seiner Armee reform das Militärgesetz ändern und erklärt die Unterstützung der Polizeikräfte kurzerhand zur Armeeaufgabe. André Blattmann will uns weismachen, die Armee leiste dabei nur Hintergrundarbeit, aber die beiden Übungen «Stabilo Due» und «Paper», die im Herbst 2012 stattfanden, lassen anderes vermuten. Dort übte die Armee gegen DemonstrantInnen vorzugehen, die rote Fahnen («Stabilo Due») trugen. Sogar ein Originaltransparent, das die Polizei 2004 in Landquart an einer Anti-WEF-Demo konfisziert hatte, kam bei der Übung «Paper» zum Einsatz.

Es gibt momentan eine starke Tendenz der Auflösung sowohl kantonaler und nationaler Polizeigrenzen als auch der Grenzen zwischen Militär und Polizei: Die Entwicklung läuft darauf hinaus, dass gewisse Militäreinheiten, allen voran die Militärische Sicherheit, immer mehr Polizeiaufgaben übernehmen und entsprechend geschult werden und dass sich Polizeiorgane immer stärker militarisieren. Dies sowohl was Bewaffnung und Organisation, als auch Selbstverständnis und Auftreten betrifft.

Internationale Vernetzung

Auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) bei Magdeburg wird seit geraumer Zeit der bewaffnete Kampf in den Strassen geübt. Eine eigens dafür errichtete Stadt, die einer afghanischen Kleinstadt nachempfunden ist, können SoldatInnen der Bundeswehr und anderen Nato-Mitgliedern den Häuserkampf erproben. Seit 2012 befindet sich nun die Modellstadt «Schnöggersburg» im Bau. Ab 2017 soll dort eine komplette Metropole, inklusive Autobahn, Fluss, U-Bahnlinie mit drei Stationen, ein Industriegebiet, Hochhauskomplexe, Verwaltungsgebäude, Kasernen sowie ein Flugplatz den Truppen zur Verfügung stehen. Perfekt, um das Niederschlagen von Aufständen in den Ballungszentren Europas zu trainieren.

Laut dem Nato-Strategiepapier «Urban Operation in the Year 2020» stehen uns aufgrund wachsender sozialer Spannungen und der sich zuspitzenden ökologischen Problematik genau diese bevor. Eine Einschätzung die sicherlich nicht grundsätzlich falsch ist. Erschreckend ist nur, dass das Ergebnis dieser Analyse nicht die Bekämpfung der Ursachen ist, sondern die Vorbereitung auf die Abwehr der daraus resultierenden Proteste.

Das Protestcamp «War starts here» thematisiert genau diese Logik und trägt den Protest in die Übungsstadt bei Magdeburg. Dem internationalen Aufruf folgten in den letzten paar Jahren einige Hundert AktivistInnen.

Die Repressionsorgane treiben die internationale Vernetzung stetig voran und befinden sich bereits auf einem sehr hohen Niveau. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir diese Bestrebungen aufmerksam verfolgen und uns unsererseits vernetzen. Andererseits gehört der Themenkomplex Aufstandsbekämpfung auf die Agenda jeder emanzipatorischen Bewegung. Die frisch gegründete Arbeitsgruppe Aufstandsbekämpfung der GSoA hat sich dies zum Ziel gemacht und wird sich von nun an diesem spannenden Thema widmen.

1919	Zürich: Generalstreik 1 Toter, mehrere Verletzte
1929	Tessin: Antifaschistisches «Rotes Treffen»
1930	Baden, Basel, Schaffhausen und Zürich: kommunistische Kundgebungen
1932	Genf: Antifaschistische Gegendemonstration auf dem Plainpalais 13 Tote, über 65 Verletzte
1946	Uri: Unruhen im Urserental gegen einen Stausee-Kraftwerkbau
1964	Lausanne: Jurassische Demonstration an der EXPO 64
1968	Zürich: Globuskrawalle
1975	Kaiseraugst: Besetzung des geplanten AKW-Geländes
1997	Basel: 100-Jahr-Jubiläumfeier des Zionistenkongresses
2000	Davos: WEF (seither alljährlicher Einsatz) Genf: Weltsozialgipfel
2003	Waadt, Genf, Wallis: G8-Gipfel in Evian (F) Genf: Weltgipfel zur Informationsgesellschaft
2008	Ganze Schweiz: EURO 08 Genf: World Policy Conference
2009	Uri / Schwyz: Staatsbesuch des russischen Staatspräsidenten
2010	Montreux: Frankophoniegipfel
2011	Genf: WTO-MinisterInnenkonferenz
2014	Basel: OSZE-Konferenz (Dezember)

WEIHNACHTSFRIEDEN

Überreste der menschlichen Zivilisation

Am 24. Dezember 1914 legten rund hunderttausend deutsche, britische und französische Soldaten spontan für mehrere Tage die Waffen nieder. Der «kleine Friede im grossen Krieg» ist ein Lehrstück der Humanität.
Von Andreas Weibel

In der Psychologie ist umstritten, ob der Mensch eine angeborene Hemmung hat, seinesgleichen zu töten. Tatsache ist jedoch, dass wir uns unter normalen Umständen nicht gegenseitig umbringen. Historische Untersuchungen zeigen, dass selbst in der Extremsituation eines Krieges vier Fünftel aller Soldaten nicht auf den Gegner schiessen. Bereits römische Centurionen beklagten sich darüber, dass ihre Untergebenen auf den Schlachtfeldern nicht die trainierten tödlichen Schwerthiebe ansetzten, sondern die Feinde nur verletzten.

Erinnerung an das zivile Leben

Im Winter 1914 war die Westfront zwischen dem Ärmelkanal und der Schweizer Grenze zum Stillstand gekommen. Die eilig angelegten Grabensysteme verunmöglichten die schnellen Umbewegungen, die frühere Kriege geprägt hatten. Die Hoffnung, dass der Krieg schnell ein Ende finden würde, war verflogen. Keine der Armeen war auf diese Art der Kriegsführung vorbereitet, so dass es an allem fehlte. Die ausgefeilten Versorgungs- und Betreuungssysteme hinter der Front waren noch nicht vorhanden und der besonders harte Winter verschlimmerte die Situation zusätzlich. Zu Weihnachten setzten die britischen und deutschen Heeresführungen viel daran, die Moral der Soldaten zu heben. Extrarationen Tabak und Schokolade, Briefe aus der Heimat, aber auch zusammenklappbare Tannenbäume wurden an die Front gebracht. Für viele der

Soldaten kam so zum ersten Mal seit Monaten wieder ein Stück Erinnerung an das zivile Leben in den Schützengraben.

Spontaner Waffenstillstand

Vermutlich in der Nähe der belgischen Stadt Ypern, wo Truppen der British Expeditionary Force die Front halten mussten, legten die ersten Soldaten am Morgen des 24. Dezember die Waffen nieder und forderten die Männer auf der anderen Seite des Niemandslandes auf, es ihnen gleich zu tun. Die Soldaten lagen sich oft nur 50 bis 100 Meter gegenüber, so dass es einfach möglich war, Sprechkontakt mit der Gegenseite aufzunehmen.

Der spontane Waffenstillstand von unten breitete sich rasch aus. Vielerorts begannen Soldaten und Offiziere der verfeindeten Parteien, Geschenke auszutauschen. In einem Bataillonstagebuch wurde notiert, dass die Royal Welsh Fusiliers

von sächsischen Truppen zwei Fässer Bier erhalten hätten und dafür von ihren Christmas Puddings abgegeben hätten. An einem anderen Frontabschnitt brachte ein Deutscher einen betrunkenen Franzosen zu seiner Stellung zurück. Mehrere Fussballspiele sind dokumentiert, gemeinsame Gottesdienste oder gegenseitiges Haarschneiden. Vielerorts sangen die Soldaten abwechselnd Weihnachtslieder aus ihrer Heimat.

Man geht davon aus, dass an der Westfront mindestens hunderttausend Soldaten am Waffenstillstand teilnahmen. Auch im Osten schwiegen die Waffen über Weihnachten in vielen Regionen.

Auf beiden Seiten hatte die Verbrüderung kein disziplinarisches Nachspiel, auch wenn einige vor Wut über «die Disziplinlosigkeit und den Verrat» tobten. Empört über den Weihnachtsfrieden zeigte sich unter anderem auch ein kleiner freiwilliger Gefreiter aus Österreich. Sein Name: Adolf Hitler.

Ausbruch der Humanität

Die Militärs zogen dennoch ihre Lehren aus dem Weihnachtsfrieden. Je näher der Kontakt mit dem Feind, desto eher kam es zur Verbrüderung. Fortan setzten die Armeen darum noch stärker auf Distanzwaffen. Um ein erneutes Niederlegen der Waffen zu verhindern, setzte man kleine, besonders aggressive Stosstruppen ein, die nötigenfalls auch gegen eigene kampfmüde Truppen vorgingen. Der Drill und das Schiesstraining wurde zunehmend darauf ausgerichtet, die Tötungshemmung ausser Kraft zu setzen.

Der Weihnachtsfrieden hat gezeigt, dass der Mensch zu spontanen Aktionen der Humanität fähig ist – und dass viel Aufwand nötig ist, um diese Humanität zu ersticken.



VERWEIGERUNG - TEIL 2

Fahnenflüchtige und Kriegsdienstverweigerer – Ganz normale Soldaten?

Wie in der letzten Ausgabe («Deserteure sind Helden» GSoA-Zitig Nr. 159) angekündigt, soll der vorliegende Artikel den Fällen der Kriegsdienstverweigerung von 1914 bis 1918 nachgehen. Von Stefan Dietiker

Die Schweizer Militärjustiz urteilte während des Ersten Weltkriegs in etwa 21'000 Fällen. Eine Recherche im Bundesarchiv ergab, dass dabei etwa 2'600 Soldaten wegen Ausreissen, Dienstverweigerung oder Nichteintrücken angeklagt wurden. Das Militärstrafgesetz, welches während des Ersten Weltkriegs zur Anwendung kam, stammte aus dem Jahre 1851. Das Gesetz wurde erst nach dem Krieg revidiert. Nötig wurde die Revision, weil selbst der Bundesrat in der Botschaft 1918 zum Gesetzesentwurf festhielt, dass vor allem die «ungeheuerlich hohen Strafminima [...] eine gerechte und vernünftige Rechtsprechung» verhinderten. Das Militärstrafgesetz von 1851 machte keine Unterscheidung zwischen Deserteuren oder Fahnenflüchtigen und Dienstverweigerern. Das

Bundesgesetz hält im fünften Teil «Von dem Ausreissen und Falschwerben» unter Art. 97 fest, dass der Militärdienstpflichtige, der sich seinem Dienst nicht stelle, «gleich einem Ausreisser» nach Art. 93 bestraft werde.

Wer waren die Deserteure?

Bereits nach stichprobenartiger Einsicht in die Akten der Militärjustiz zeigt sich, dass die Motive der Kriegsdienstverweigerer und Fahnenflüchtigen sehr breit gefächert waren und nicht immer eindeutig aus den Akten ersichtlich werden. Die Verurteilten lassen sich in drei Kategorien einteilen: Erstens in die der «Auslandschweizer», zweitens in jene der persönlich oder wirtschaftlich Verhinderten und drittens in jene, die aus Überzeugung, also aus politischen oder religiösen Gründen, verweigerten.

Berlin, Paris oder London

Zur ersten Kategorie gehören die über 12'000 Soldaten, die sich im August 1914 im Ausland aufhielten. Diese wurden in Abwesenheit verurteilt. Viele von ihnen waren schon sehr früh

aus der Schweiz ausgewandert, aber von der Militärverwaltung nicht ausgemustert worden. Es gibt sogar jenen absurden Fall des Schmid Clemens, der wegen Dienstverweigerung zu sechs Monaten Haft und zwei Jahren Einstellung des aktiven Bürgerrechts verurteilt worden war. Dies wegen Nichtbefolgen des Mobilmachungsbefehls, obwohl er bereits vor 1914 vier Wiederholungskurse (1900, 02, 04 und 10) versäumt hatte sowie Schiessübungen, Inspektionen und Organisationsmusterungen verpasst hatte. Dies fiel dem Militärdepartement erst bei der Untersuchung auf. Schmid konnte wegen der Verjährung aber nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die Verurteilungen «in contumaciam» reichen von München, Berlin über Paris bis nach London.

«De plus je vais marier très prochainement...»

Die zweiten Kategorie umfasst jene Soldaten, die sich aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen vom Dienst entfernten oder ihn gar nicht erst antraten. Dazu zählt etwa Aloys

Camenzind, dessen Akte in der letzten GSoA-Zeitung abgedruckt war. Er wurde als Dienstverweigerer verurteilt, weil er 14 Tage zu spät einrückte. Im Verhörprotokoll gibt er an, von der Mobilmachung erst so spät erfahren zu haben, weil er zusammen mit seinem Vater abseits der Zivilisation auf dem Feld gearbeitet hatte. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, ob dies stimmt oder ob ihm das Heu wichtiger war als die Landesverteidigung. Zu dieser Kategorie gehören auch die Soldaten Reusser und Moser, die eine Anstellung bei der Spandauer Strassenbahn in Deutschland fanden und von ihrem bewilligten Auslandsurlaub nicht wieder zurückkehrten.

Du sollst nicht töten!

Die dritte Kategorie umfasst all jene Soldaten, die offensichtlich aus politischen oder religiösen Gründen den Dienst verweigerten. Allen voran jene Soldaten, die der «Religiös-sozialen Bewegung» nahestanden oder mit ihr sympathisierten. Über diese «Überzeugungstäter» wird in der nächsten Ausgabe mehr zu erfahren sein.

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Desaströse Rüstungsprojekte

In Deutschland wurde kürzlich ein externes Gutachten veröffentlicht, welches die Abwicklung von Rüstungsprojekten untersuchte. Das Urteil fiel vernichtend aus. Auffallend dabei sind die Parallelen zur Schweiz. Von Martin Parpan

1200 Seiten lang ist das Expertengutachten, welches der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausgehändigt wurde. Aufgelistet werden nicht weniger als 140 Risiken und Probleme im Zusammenhang mit den grössten deutschen Rüstungsprojekten. Nach Erkenntnis der Experten haben sich die neun grössten Projekte zwischen zweieinhalb und zehn Jahren verzögert. Fast alle wurden im Laufe der Jahre teurer, als erwartet. Teilweise liegen die Zusatzkosten im Milliardenbereich. Als Gründe für den desaströsen Zustand werden fehlende Transparenz, schlechte Führungskultur und die Tatsache erwähnt, dass die Rüstungsbeamten gegenüber der Rüstungsindustrie

keine Sanktionen durchsetzen und nicht auf «juristischer Augenhöhe» mit den Anbietern verhandeln.

Parallelen zur Schweiz

Die in Deutschland geführte Diskussion erinnert in vieler Hinsicht an die hiesige Situation. Auch in der Schweiz kommen in regelmässigen Abständen Tatsachen ans Licht, welche Missmanagement im VBS aufzeigen. Jüngstes Beispiel sind die unerklärlich hohen Kosten für externe Beratungsdienstleistungen, die im VBS anfallen. Informatik-Probleme, Verträge mit ehemaligen Offizieren und Vergabe von Aufträgen ohne öffentliche Ausschreibung sind weitere Beispiele, die aufzeigen, dass im VBS die nötige Sorgfalt in Bezug auf die Verwendung von Steuergeldern noch immer fehlt. Analog zu Deutschland entsteht der Eindruck von fehlender Transparenz und unprofessionellem Projekt- und Finanzmanagement. Die Parallelen gehen aber noch weiter. So fordern in Deutschland bürgerliche Politiker trotz der

Verschleuderung von Steuergeldern noch mehr Geld für die Armee. Auch die Schweizer Armee-Lobby will jährlich fünf und mehr Milliarden in die Armee investieren, obwohl diese von Reform zu Reform wankt und immer noch nach einem klaren Auftrag sucht. Sekundiert werden die Forderungen von Ueli Maurer, der das Jammern über zu wenig Geld zur «Chefsache» gemacht hat. Auffallend ist zudem, dass die Forderungen sowohl in Deutschland wie auch in der Schweiz erhoben werden, obwohl in den Verteidigungsetats beider Länder am Ende des

Jahres jeweils Kreditreste übrig blieben, welche gar nicht ausgegeben werden konnten.

Die Probleme in Deutschland und in der Schweiz zeigen ähnliche Muster auf. Auf der einen Seite Politiker, welche trotz Skandalprojekten immer noch mehr Geld für Armee und Rüstung fordern. Auf der anderen Seite SteuerzahlerInnen, die meist erst dann über das Missmanagement erfahren, wenn es schon zu spät ist. Lachende Dritte sind die Rüstungskonzerne, welche ihre Kassen füllen und damit dazu beitragen, dass die Kriege dieser Welt auch in Zukunft mit möglichst grausamen Waffen beliefert werden können. Es bleibt das bekannte Fazit: Rüstungspolitik ist ein «Dreckschäft».



NAHER OSTEN

Schutztruppe statt Waffenlieferungen

Um den Vormarsch der IS-Milizen zu stoppen, muss eine internationale Schutztruppe in die Konfliktregion entsandt werden. Von Andreas Zumach

Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und andere Staaten liefern Waffen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak, damit diese die Zivilbevölkerung gegen weitere Vertreibung und Ermordung durch die Terrormilizen des «Islamischen Staat» (IS) schützen. Doch ist die Lieferung von Waffen das geeignete Mittel, um dieses Ziel zu erreichen? In der Geschichte der internationalen Konflikte seit Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es hierfür kein erfolgreiches Beispiel. Hingegen jedoch zahlreiche Fälle, in denen gelieferte Waffen zur Führung von Kriegen, Völkermord, Vertreibung, gewaltsamer Unterdrückung und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen genutzt wurden. Um die von den IS-Milizen bedrohten Menschen verlässlich zu schützen und den bereits Vertriebenen und Flüchtlingen die sichere Rückkehr in ihre Heimatorte zu ermöglichen, müssten die kurdischen Peschmerga die inzwischen von der IS kontrollierten Städte und Regionen zurückerobern. Dafür bräuchten sie Waffen und militärische Logistik, die den hochmodernen, überwiegend aus US-amerikanischen Rüstungsschmieden stammenden Waffen der IS überlegen sind. Doch das steht weder in Berlin, noch in Paris und London auf der Tagesordnung.

Drohender Stellungskrieg

Über die Art von Waffen, welche die Peschmerga aus Frankreich, Grossbritannien und Deutschland erhalten, verfügen die IS-Milizen längst. Es droht ein möglicherweise monatelanger Stellungs- und Abnutzungskrieg mit vielen Toten und Verwundeten auf beiden Seiten, bei gleichzeitig fortgesetzten Übergriffen der IS gegen die Zivilbevölkerung.

Deren effektiver Schutz liesse sich nur gewährleisten durch eine robust ausgerüstete und mit einem robusten Mandat versehene UN-Truppe – möglichst mit Beteiligung von Soldaten aller fünf Vetomächte des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien). Doch vor dieser konsequenten Forderung nach einer derartigen Schutztruppe schrecken bislang nicht nur die BefürworterInnen von Waffenlieferungen in den westlichen Regierungen zurück, sondern auch (ehemalige) PazifistInnen, die sich jetzt für die Bewaffnung der KurdInnen aussprechen.

Und dies, obwohl die BefürworterInnen genau wissen, dass kein anderes Land und keine andere Region der Welt in den letzten 50 Jahren so sehr durch Waffenlieferungen verheert und destabilisiert wurde wie der Irak und die angrenzenden Regionen.

Ab 1979 rüsteten die BRD sowie andere Nato-Staaten und die Sowjetunion gemeinsam den Diktator Saddam Hussein auf für seinen achtjährigen Golfkrieg gegen den islamischen Iran. Deutschland lieferte Bagdad damals Produktionsanlagen, das technische Know-How

und die Grundsubstanzen zur Herstellung von Chemiewaffen, die von Saddam Hussein dann nicht nur mit logistischer Unterstützung der USA und mit verheerenden Folgen gegen den Iran eingesetzt wurden, sondern 1988 auch gegen die KurdInnen im Nordirak.

Politik der Destabilisierung

1990 überfiel der Irak mit Hilfe der von Ost und West gelieferten Waffen Kuwait. Nach dem Zweiten Golfkrieg im Jahr 1991 wurden die bis heute miteinander konkurrierenden kurdischen Gruppen im Nordirak aufgerüstet. Und nach dem Dritten Golfkrieg 2003 folgte zunächst die wechselseitige Aufrüstung sunnitischer und schiitischer Milizen durch die US-Besatzer zwecks gegenseitiger Vernichtung der «Terroristen» und schliesslich die Aufrüstung der irakischen Armee. Aus deren Arsenalen voller hochmoderner US-Waffen bediente sich wiederum die ISIS. Viele Millionen Menschen sind dieser Politik der Destabilisierung durch Waffenlieferung bereits zum Opfer gefallen. Es steht zu befürchten, dass auch die Waffen, die die irakischen KurdInnen derzeit erhalten für den Kampf gegen den IS schon bald zu anderen Zwecken eingesetzt werden. Etwa in den Konflikten zwischen den nordirakischen KurdInnen und der Zentralregierung in Bagdad.

Der Schutz der irakischen Zivilbevölkerung vor den IS-Milizen durch eine UN-Truppe ist aber nur die unmittelbare Priorität. Wer die IS schwächen will, muss deren finanzielle und

militärische Unterstützung aus dem Ausland unterbinden und den politisch-sozialen und ideologischen Nährboden austrocknen, auf dem die IS ihren Nachwuchs rekrutiert. Die grösste finanzielle Unterstützung für die IS und für andere, zum Teil zum Al-Qaida-Netzwerk gehörenden islamistischen Milizen im Nahen Osten und Nordafrika kam bislang aus den mit dem Westen verbündeten Staaten Saudi-Arabien und Qatar.

Der Nato-Partner Türkei ermöglicht(e) über sein Territorium den Nachschub von Waffen und Kämpfern für den IS, damit diese die Kurden diesseits und jenseits der türkischen Grenzen mit Syrien und dem Irak bekämpfen.

Solange der Westen diese Verbündeten nicht dazu bewegt, jegliche Unterstützung für den IS und für andere islamistische Milizen einzustellen, werden diese Gruppierungen eine Bedrohung bleiben.

Gekürzte Version eines unter <http://de.qantara.de/inhalt/irakkonflikt-schutztruppe-statt-waffenlieferungen> publizierten Analyse, mit freundlicher Genehmigung des Autors

Neuanstellung im Berner Seki

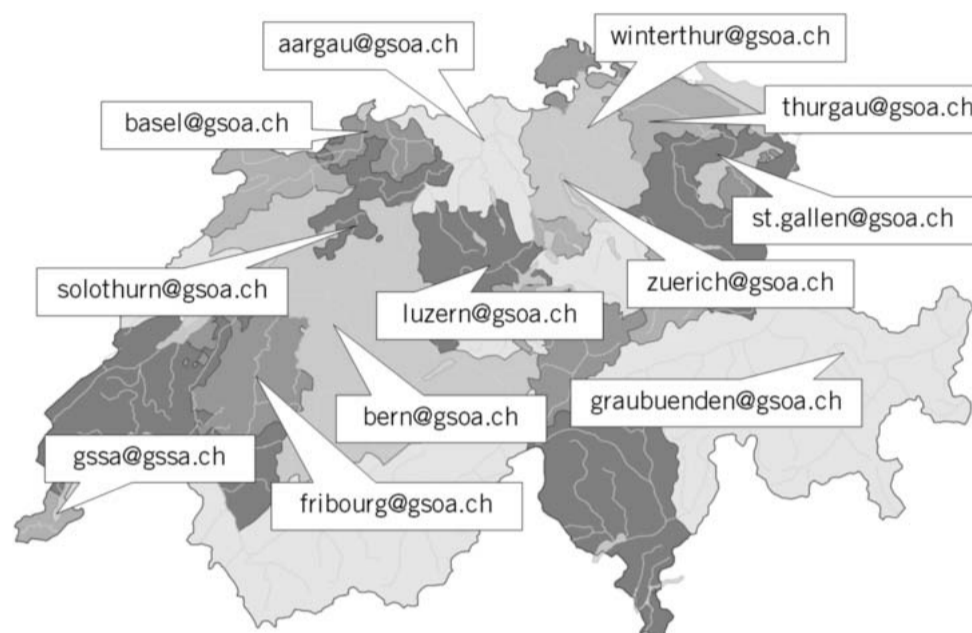
(sp) Per Ende November wird der langjährige Sekretär Stefan Dietiker das Sekretariat verlassen. Grund dafür ist der Antritt seines Zivildienstesatzes. Er wird uns aber als aktives Regionalgruppen- und Vorstandsmitglied erhalten bleiben. Neu im Sekretariat in Bern begrüßen dürfen wir Thomas Leibundgut. Tom ist 25-jährig und schon lange als Aktivist bei der GSoA dabei. Er studiert Geschichte und Gender Studies im Master. Politische Erfahrungen hat er neben seinem Engagement bei der GSoA vor allem in der Uni-Politik gesammelt: Zuletzt war er Vorstandsmitglied im Verband der Schweizer Studierendenschaften. Tom bringt viel politisches Vorwissen mit und wird mit seiner ruhigen und überlegten Art das Seki-Team sehr gut ergänzen.



Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen Tom einen guten Start in den GSoA-Alltag, grossen Durchhalte-wille und viele bereichernde Erlebnisse!

Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Die Teilnahme an einer Regionalgruppensitzung in Deiner Region ist ein unkomplizierter Weg, sich bei der GSoA aktiv einzubringen und zu engagieren. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die letzten paar Monate waren für die GSoAtInnen eine sehr intensive und engagierte Zeit. Neben Kreativität und Energie hat die Abstimmungskampagne gegen den Gripfen aber auch finanziell einiges gekostet. Natürlich werden wir die Ziele der GSoA weiterhin mit demselben Elan verfolgen. Damit unsere Anstrengungen aber auch künftig weitreichende Konsequenzen haben, brauchen wir auch finanzielle Mittel. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns dieses Engagement und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei. **Herzlichen Dank!**

GREGOR.
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button		Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Diverse Kleber		kostenlos	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Jannik Böhm (jb), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Josef Lang (jl), Nora Komposch (nk), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Tobia Schnebli (ts), Meret Schneider (ms), Fabian Stalder (fs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.